

N i e d e r s c h r i f t

**der 40. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
30.01.2008**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 16:35 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Nowottny	CDU	anwesend ab 14:53
Herr Frank Sängler	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Frau Franziska Godau	DIE LINKE.	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Uwe Heft	DIE LINKE.	anwesend ab 14:45 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	anwesend ab 14:45 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Erhard Preuk	DIE LINKE.	
Herr Hans-Jürgen Schiller	DIE LINKE.	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	anwesend bis 16:44 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	anwesend ab 14:10 Uhr
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	anwesend ab 14:10 Uhr
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger	
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.	anwesend ab 14:10 Uhr
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	anwesend ab 14:23 Uhr
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBürger	
Frau Andrea Machleid	NPD	

Herr Eberhard Doege	BG
Herr Egbert Geier	BG
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Wolfram Neumann	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Herr Michael Zeidler	SPD
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Rost fragte zum Thema „Rauchbelästigung durch Holzfeuerungsanlagen in Einfamilienhäusern in Heide-Süd“:

Welche Hilfe und Unterstützung wollen die zuständigen Fachbereiche der Stadt Halle gewährleisten, dass gesundheitliche Gefährdungen infolge der Rauchbelästigung Tannenweg (Stadtteil Kröllwitz) ausgeschlossen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, sie erkenne, dass Herr Rost mit der Bearbeitung seines Antrages an die Stadtverwaltung nicht zufrieden sei. Sie bat um Verständnis dafür, dass bestimmte Anregungen und Eingaben der Bevölkerung in den entsprechenden Fachbereichen bearbeitet werden.

Sie werde das Vorgetragene aufnehmen und sicherte eine Klärung zu.

Herr Talanow reichte eine schriftliche Frage zu diesem Thema ein:

- Wer gibt den „Öfenheizern“ in Heid-Süd das Recht, die Atemluft zu vergiften?

Herr Donath sprach ebenfalls das Problem Rauchbelästigung für den Bereich Feldschlösschen an.

Diesbezüglich habe er bereits eine Anfrage an das Bürgerbüro gerichtet. Er erhielt die Antwort, dass Halle-Neustadt eine kaminfreie Zone sei und Heide-Süd nicht, und er müsse damit leben. Und somit frage er:

1. Geht das so weiter, ohne, dass etwas passiert.
2. Muss er sich bemühen, woanders eine Wohnung zu kaufen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass sie das Anliegen an **Herrn Doege, Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport**, weiterleiten wird. Die SPD-Fraktion hat zu diesem Thema in der heutigen Stadtratssitzung eine entsprechende Anfrage gestellt, welche durch Herrn Doege beantwortet wurde.

Sicherlich sei die Rauchbelästigung ein Problem, aber rechtlich sei das Verbrennen von Holz zulässig. Wenn nicht ordnungsgemäße Brennstoffe verbrannt werden, müsse rechtlich eingeschritten werden.

Sie regte an, betroffene Bürger ins Umweltamt einzuladen, um darüber mit dem Beigeordneten, Herrn Doege, zu diskutieren.

Herr Doege, Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, ergänzte, dass der zuständige Schornsteinfeger durch Analysen von vorhandenen Ablagerungen feststellen könne, ob tatsächlich ein zulässiges Feuerungsgut verwandt wird. Vom Grundsatz her sei es aber so, dass diese Anlagen bis zu einer bestimmten Kaminhöhe genehmigungsfrei seien und betrieben werden dürfen.

Der Bundesgesetzgeber sei zurzeit dabei, durch eine Änderung der entsprechenden Bundesimmissionsschutzverordnung verschärfende Regelungen zu treffen. Hier soll es um die entsprechende Einrichtung von Abgasreinigungsanlagen bei Holzfeuerungsanlagen gehen. Ob damit eine Nachrüstspflicht verbunden sei, könne er aus heutiger Sicht noch nicht sagen.

Herr Ploß hatte drei Fragenkomplexe (siehe auch externes Dokument - **Anlage**):

1. Einführung von Plaketten für den motorisierten Fahrzeugverkehr
2. Errichtung eines Sportzentrums am Böllberger Weg und zur Einhaltung städtischer Verträge
3. Pachterhöhung der Stadtverwaltung bei Garagen von 100 % auf 242,19 % und zur Einhaltung städtischer Verträge

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, begründete die Einführung der Umweltplakette. Diese sei Angelegenheit des Bundes und aus diesem Grunde habe auch der Bundesgesetzgeber reagiert und die Umweltplakette auf der Grundlage der Änderung einer Bundesimmissionsschutzverordnung eingeführt.

Die Plakette sei deshalb erforderlich, weil einige Städte der Bundesrepublik Deutschland die Einführung von „Umweltzonen“ plane. Die Befahrbarkeit dieser „Umweltzonen“ werde von entsprechenden Abgaswerten, die die Fahrzeuge haben, abhängig gemacht. So werde in der Stadt Halle die Umweltplakette für diejenigen Städte angeboten.

Auf die Frage, ob auch in der Stadt Halle geplant sei, eine Umweltzone einzurichten, antwortete Herr Doege, dass zurzeit ein Bericht mit den Messergebnissen erarbeitet werde. Im Laufe der nächsten Tage werde der Bericht der Stadt zugeleitet und die betroffenen Fachbereiche, wie Verkehrsplanung, Untere Verkehrsbehörde und das Umweltamt werden über mögliche Szenarien mit der Landesfachbehörde diskutieren.

Sollte eine Umweltzone in der Stadt Halle ernsthaft in Erwägung gezogen werden, würde dies noch nicht in diesem Jahr erfolgen.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete zum Fragenkomplex der Errichtung eines Sportzentrums am Böllberger Weg, dass dieser bereits im Planungsausschuss umfangreich beraten wurde.

Was die Vertragsangelegenheiten betreffe, werde er sich nicht mündlich äußern. Die Beantwortung werde schriftlich nachgereicht.

Wie bereits im Planungsausschuss mit dem Investor festgestellt, sei eine Verschiebung der Anlage nach Norden aus wirtschaftlichen, planerischen sowie besonders aus städtebaulichen Gründen nicht möglich. Diese Begründung werde Herr Ploß ebenfalls schriftlich erhalten.

Herr Geier, Beigeordneter Zentraler Service, antwortete, er werde die Fragen betreffend die Erhöhung der Garagenpacht schriftlich beantworten.

Er erinnerte daran, dass es zur Herleitung der Pachtveränderung vor einem Jahr im Stadtrat kontroverse Diskussionen über den Umgang mit der Pachterhöhung gab. Der Unterschied der Pachten zu anderen Städten sei der, dass für jeden Garagenstandort eine Wertermittlung mit einer bestimmten Wertspanne vorgenommen wurde. Für jeden Garagenstandort wurde unter Abwägung verschiedener Faktoren innerhalb dieser Wertspanne ein Wert ermittelt, um welchen dann die bestehende Pacht aus DDR-Zeiten erhöht wird. Alle Garagengemeinschaften wurden nach dem Beschluss des Stadtrates eingeladen und über die Verfahrensweise und die Herleitung, wie es zu diesen Beträgen und Erhöhungen kam, informiert. Er gehe also davon aus, dass jeder die notwendige Transparenz zur Pachterhöhung erhalten habe.

Er werde speziell die Sachlage der Garagengemeinschaft des Herrn Ploß klären und darüber informieren.

Frau Karssios stellte folgende Fragen:

1. Was wird aus dem Gewerbegebiet an der A14?
2. Wie erfolgt die Vermarktung des Gewerbegebietes?
3. Warum wird dort nicht die Anlage für die Krankenhausmüllverwertung errichtet und betrieben?
4. Ist es wahr, dass in Bitterfeld bereits so eine Anlage gestanden hat?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, das Gewerbegebiet an der A14 sei das größte in Sachsen-Anhalt. Hierauf richten sich auch gezielt die Interessen des Wirtschaftsministeriums unseres Landes.

Gegen die Bezeichnung einer „Krankenhausmüllverwertungsanlage“ verwahre sie sich. Es handelt sich hier um eine Forschungs- und Entwicklungsanlage. Der Standort am Weinbergcampus Heide-Süd sei ganz explizit für Anlagen der wissenschaftsnahen Forschung und Entwicklung ausgelegt. Auf ein Gewerbegebiet gehöre eine solche Anlage nicht.

Was die Anlage in Bitterfeld betreffe, hier handele es sich hier um eine Versuchsanlage zur befristeten Nutzung unter Laborbedingungen.

Herr Manske bezog sich auf die 39. Stadtratssitzung – TOP Patenschaften für Kinderspielplätze – und fragte, ob für Halle-Neustadt, speziell auf dem Spielplatz hinter dem Fohlenweg 2, auch eine Patenschaft vorgesehen sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Antwort zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl beendete die Einwohnerfragestunde.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass der **Stadtrat Heinz Maluch**, geboren am 08. Juni 1929 am 27. Januar 2008 im Alter von 78 Jahren verstorben ist. Im Namen des Stadtrates drückte er das Mitgefühl für die Familie von Herrn Maluch aus.

Herr Maluch hat große Verdienste für die Stadt Halle (Saale) erworben und besonders für seine Partei, DIE GRAUEN, indem er sich für die Interessen der Seniorinnen und Senioren einsetzte.

Er war Mitglied des Stadtrates seit dem Jahre 2000 und Alterspräsident sowie stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90 seit der Wahlperiode 2004. Herr Maluch arbeitete mit großem Engagement im Hauptausschuss, im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und im Vergabeausschuss sowie in den Ausschüssen der Eigenbetriebe.

Herr Bartl bat alle Anwesenden sich von den Plätzen für eine **Minute des Gedenkens an Herrn Maluch** zu erheben.

Alle Anwesenden erhoben sich von den Plätzen.

Herr Bartl bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um die **V e r e i d i g u n g** des neuen **Beigeordneten für Wirtschaft und Arbeit, Herrn Wolfram N e u m a n n**.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die **V e r e i d i g u n g** des **Herrn Neumann** vor.

Herr Bartl teilte mit, dass mit der heutigen Sitzung die Tätigkeit des Herrn **Stadtrates Thomas Godenrath, Fraktion der CDU**, endet, da er ab 01. Januar 2008 beruflich in der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) tätig sei.

Herr Bartl und **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** dankten **Herrn Godenrath** für sein kommunikatives Auftreten im Stadtrat der Stadt Halle (Saale).

Herr Godenrath bedankte sich bei den Stadträten, seiner Fraktion, der Geschäftsstelle des Stadtrates sowie der Verwaltung für die jahrelange Unterstützung und Zusammenarbeit.

Herr Bartl und **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** gratulieren **Herrn Dr. Erwin Bartsch, Fraktion DIE LINKE.**, und **Herrn Dr. Rüdiger Fikentscher, Fraktion der SPD**, zum heutigen Geburtstag.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 40. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald B a r t l**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 50 Mitglieder des Stadtrates (87,72 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass folgende **Dringlichkeitsanträge** auf die Tagesordnung zu nehmen sind:

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung eines Aufsichtsratssitzes für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zur Umsetzung des SGB II

Vorlage: IV/2008/06993

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Vorlage: IV/2008/06997

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Wahl eines Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

Vorlage: IV/2008/06994

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, begründete die Dringlichkeit der Anträge seiner Fraktion und bat um Zustimmung.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages - Umbesetzung eines Aufsichtsratssitzes für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zur Umsetzung des SGB II - auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme der Dringlichkeitsanträge auf die TO:

**mit mehr als Zweidrittelmehrheit
zugestimmt**

Herr Bartl schlug vor, den Dringlichkeitsantrag unter dem TOP 7.6 zu behandeln.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages - Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten - auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme der Dringlichkeitsanträge auf die TO:

**mit mehr als Zweidrittelmehrheit
zugestimmt**

Herr Bartl schlug vor, den Dringlichkeitsantrag unter dem TOP 7.7 zu behandeln.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages - Wahl eines Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss - auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme
der Dringlichkeitsanträge auf die TO:**

**mit mehr als Zweidrittelmehrheit
zugestimmt**

Herr Bartl schlug vor, den Dringlichkeitsantrag unter dem TOP 7.8 zu behandeln.

Weiterhin sei folgender **Dringlichkeitsantrag** auf die Tagesordnung zu nehmen:

Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität zur Wahl eines
Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: IV/2008/06995

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, begründet
die Dringlichkeit des Antrages seiner Fraktion und bat um Zustimmung.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages - Wahl eines
Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss - auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme
der Dringlichkeitsanträge auf die TO:**

**mit mehr als Zweidrittelmehrheit
zugestimmt**

Herr Bartl schlug vor, den Dringlichkeitsantrag unter dem TOP 7.9 zu behandeln.

Herr Bartl informierte, dass der

TOP 8.6 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld, CDU, zur Wirtschaftlichkeit des
Busunternehmens OBS
Vorlage: IV/2008/06944 -

im nicht öffentlichen Teil unter dem TOP 6.3 behandelt wird. Die Nichtöffentlichkeit ergäbe
sich aus der Beantwortung durch die Verwaltung.

Weiterhin gab es **Änderungen** und **Ergänzungen** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

5.2. Wahl der/des Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit
Vorlage: IV/2008/06938

Hierzu wurden eine aktuelle Bewerberübersicht sowie ein neuer Stimmzettel verteilt.

5.4. Mehrjährige Projektförderung des Kunstvereins "Talstrasse" e. V. für den Zeitraum 2008
bis 2010
Vorlage: IV/2007/06908

Hierzu wurde ein Austauschblatt vorgelegt.

5.11. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Kulturinsel" für das Wirtschaftsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/06950

Hierzu wurden ergänzende Anlagen verteilt (Seite 10 a und 15 a).

Zu folgenden Anträgen wurde je eine neue Stellungnahme mit redaktionellen Änderungen verteilt.

7.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Direktvergaben im Öffentlichen Personennahverkehr der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/06945

7.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/06947

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten TO: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Somit wurde folgende **geänderte** Tagesordnung festgestellt:

Einwohnerfragestunde

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.12.2007**
- 4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 12.12.2007 gefassten Beschlüsse**
- 5. Vorlagen**
 - 5.1. Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers
Vorlage: IV/2008/06939**
 - 5.2. Wahl der/des Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit
Vorlage: IV/2008/06938**
 - 5.3. Entsendung von Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados in den Stiftungsrat der Stiftung Moritzburg - Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: IV/2007/06926**
 - 5.4. Mehrjährige Projektförderung des Kunstvereins "Talstrasse" e. V. für den Zeitraum 2008 bis 2010
Vorlage: IV/2007/06908**
 - 5.5. Jahresabschluss 2006 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: IV/2007/06879**
 - 5.6. Jahresabschluss des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2006
Vorlage: IV/2007/06850**
 - 5.7. Wirtschaftsplan 2008 für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06851**
 - 5.8. Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2006 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) - EfA
Vorlage: IV/2007/06901**
 - 5.9. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/06943**
 - 5.10. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007/2008 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2008/06951**

- 5.11. **Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Kulturinsel" für das Wirtschaftsjahr 2008**
Vorlage: IV/2008/06950
- 5.12. **Feststellung Jahresabschluss 2006 der Zoologischer Garten Halle GmbH**
Vorlage: IV/2007/06924
- 5.13. **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Zoologischer Garten Halle GmbH**
Vorlage: IV/2007/06912
- 6. **Wiedervorlage**
 - 6.1. **Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zur Änderung der BV IV/2007/06463 Grundsatzbeschluss Ausbau/Umgestaltung des Steinweges zwischen Franckeplatz und Rannischem Platz**
Vorlage: IV/2007/06769
- 7. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
 - 7.1. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Bildungsausschuss**
Vorlage: IV/2008/06956
 - 7.2. **Antrag des Stadtrates Denis Häder - WIR. FÜR HALLE. - zur Bereitstellung von kostenlosen Innenstadtplänen auf dem Hauptbahnhof**
Vorlage: IV/2008/06960
 - 7.3. **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Strategie der Stadt Halle (Saale) zur Bekämpfung der Kinderarmut**
Vorlage: IV/2008/06940
 - 7.4. **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Direktvergaben im Öffentlichen Personennahverkehr der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2008/06945
 - 7.5. **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2008/06947
 - 7.6. **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung eines Aufsichtsratssitzes für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zur Umsetzung des SGB II**
Vorlage: IV/2008/06993
 - 7.7. **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**
Vorlage: IV/2008/06997
 - 7.8. **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Wahl eines Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss**
Vorlage: IV/2008/06994
 - 7.9. **Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität zur Wahl eines Mitgliedes der Fraktion im Jugendhilfeausschuss**
Vorlage: IV/2008/06995

8. Anfragen von Stadträten

- 8.1. Anfrage des Stadtrates Tom Wolter – MitBürger – zu Fördermitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)
Vorlage: IV/2007/06891**
- 8.2. Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum Bau einer Abfallverwertungsanlage in Heide-Süd
Vorlage: IV/2007/06887**
- 8.3. Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zur Bedarfsliste Verkehr 2008
Vorlage: IV/2008/06959**
- 8.4. Anfrage des Stadtrates Joachim Geuther - CDU - zur finanziellen Bilanz der Parkraumbewirtschaftung in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06824**
- 8.5. Anfrage des Stadtrates Joachim Geuther - CDU - zur Geschwindigkeitsüberwachung durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06932**
- 8.6. verschoben in nicht öffentlichen Teil - TOP 6.3*
- 8.7. Anfrage der Stadträtin Isa Weiß - CDU - zum Geschäftsverteilungsplan im Fachbereich 61
Vorlage: IV/2008/06957**
- 8.8. Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zum Bauzustand des Schulgebäudes Taubenstr. 13
Vorlage: IV/2008/06962**
- 8.9. Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion - zur Emission von Holzfeuerungsanlagen in Heide-Süd
Vorlage: IV/2008/06949**

9. mündliche Anfragen von Stadträten

10. Anregungen

- 10.1. Anregung des Stadtrates Joachim Geuther - CDU - zur Verwendung von Mitteln der Internationalen Bauausstellung (IBA) im Stadtteil Silberhöhe
Vorlage: IV/2008/06941**

11. Mitteilungen

- 11.1. Konzept zur Einführung einer Beschlusskontrolle in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06904**
- 11.2. Informationsvorlage zu den Veranstaltungshöhepunkten 2008 in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/06953**
- 11.3. Information zur Haushaltsgenehmigung 2008**

12. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.12.2007**

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 39. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 12.12.2007.

Die Mitglieder des Stadtrates genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 39. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 12.12.2007 in der vorliegenden Fassung.

zu 4 **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 12.12.2007 gefassten Beschlüsse**

TOP 3.3 Steuerliche Angelegenheiten
Vorlage: IV/2007/06791

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage § 261 der Abgabenordnung und der Hauptsatzung § 6 Abs. 3 Nr. 2

1. Die befristete Niederschlagung bis zum Endes des Insolvenzverfahrens der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen zu Buchungszeichen 5.0101.005243.1 in Höhe von 1.116.083,50 €
2. Die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen zu Buchungszeichen 5.0101.042130.5 in Höhe von 355.152,49 € bis zum 23.10.2009
3. Die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen zu Buchungszeichen 5.0101.900172.4 in Höhe von 3.076.925,82 € bis 2008
4. Die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen zu Buchungszeichen 5.0101.005187.7 in Höhe von 2.221.662,66 € bis 2009
5. Die befristete Niederschlagung der Grundsteuer- und Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen zu den Buchungszeichen 5.0100.002641.4; 5.0100.401706.3; 5.0100.401766.7; 5.0100.400962.1; 5.0100.400640.1; 5.0100.400544.8; 5.0100.402521.5 und 5.0100.400546.4 in Höhe von 1.157.840,40 € bis zum Ende des Insolvenzverfahrens
6. Die Umwandlung der befristeten Niederschlagung in eine unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen zu Buchungszeichen 5.0101.020165.8 in Höhe von 307.131,99 €
7. Die unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen zu Buchungszeichen 5.0101.022038.5 in Höhe von 1.660.420,75 €

TOP 3.4 Vergabe von Leistungen PKH 07/2007
Vorlage: IV/2007/06852

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass der Zuschlag im Rahmen der Ausschreibung PKH 07/2007 an die Dussmann AG & Co. KgaA, Niederlassung Halle/Leipzig mit einer Bruttosumme von 540.101,27 Euro erteilt wird.

TOP 4 Gutachten zum verzögerten Rückkauf von 10% der Anteile an der EVH GmbH

Das vorgelegte Gutachten zum verzögerten Rückkauf von 10% der Anteile an der EVH GmbH wird zu Kenntnis genommen.

Festlegung:

Erneute Beratung im

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Zu dieser Beratung wird Herr Schiffmann, Gutachter der Firma Ernst & Young AG, eingeladen.

zu 5 Vorlagen

**zu 5.1 Niederlegung eines Mandates und Nachrücker des
nächstfestgestellten Bewerbers
Vorlage: IV/2008/06939**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat stellt fest, dass Herr Thomas Godenrath, Wegscheiderstraße 13, 06110 Halle (Saale), gemäß § 40 Abs. 1 a GO LSA sein Mandat mit Wirkung vom 31.12.2007 niederlegt.

Für ihn rückt Herr Andreas Nowotny, Apfelweg 18, 06112 Halle (Saale), nach.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates und Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahmen die **V e r p f l i c h t u n g** des **Herrn Andreas Nowotny** vor und gratulierten ihm zum Stadtrat.

Herr Misch, Fraktion der CDU, erklärte, er widerspreche Tonaufnahmen durch anwesende Medien.

Der **Vorsitzende des Stadtrates** bat die anwesenden Medien, dies zu beachten.

zu 5.2 Wahl der/des Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit
Vorlage: IV/2008/06938

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass die Wahl zum Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit in geheimer Wahl mit Stimmzetteln durchgeführt werden muss, aber es könnte auch offen gewählt werden, wenn keiner widerspricht. Dem wurde widersprochen.

Im ersten Wahlgang sei der gewählt, der die Mehrheit der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Stadtrates erhält.

Im zweiten Wahlgang reiche die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Bartl** die **Protokollführerin, Frau Kraft**, um das namentliche Aufrufen der einzelnen Stadtratsmitglieder zur geheimen Wahl.

Nach Beendigung des Wahlvorganges teilte **Herr Bartl** mit, dass über das Ergebnis der Wahl nach dem Tagesordnungspunkt 7.9 informiert werde (siehe Seite 32 des öffentlichen Teils der Niederschrift).

zu 5.3 Entsendung von Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados in den Stiftungsrat der Stiftung Moritzburg - Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: IV/2007/06926

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zur Vorlage.

(Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm gemäß § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung teil.)

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Stadt Halle (Saale) schlägt gem. § 7 Abs. 2 der Satzung der Stiftung Moritzburg – Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados als Mitglied für den Stiftungsrat der Stiftung Moritzburg – Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt vor.

**zu 5.4 Mehrjährige Projektförderung des Kunstvereins "Talstrasse" e. V. für den Zeitraum 2008 bis 2010
Vorlage: IV/2007/06908**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss (in modifizierte Form):

Der Stadtrat beschließt, dass der Kunstverein „Talstrasse“ e. V. für den Betrieb der gleichnamigen Ausstellungsstätte in der Talstraße 23 ab 2008 bis einschließlich 2010 entsprechend den haushaltsrechtlichen Bedingungen einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 13.000 € erhält.

**zu 5.5 Jahresabschluss 2006 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: IV/2007/06879**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten in vorliegender Fassung zu und entlastet die Betriebsleitung für das Geschäftsjahr 2006.

Der Jahresabschluss weist zum 1.1.2006 eine Bilanzsumme in Höhe von 24,2 Mio. EURO und zum 31.12.2006 eine Bilanzsumme von 28,6 Mio. EURO aus. Damit ergibt sich ein positives Delta von 4,4 Mio. EURO.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Jahresfehlbetrag von 10.185,00 € aus. Der Jahresverlust in Höhe von 10.185,00 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

**zu 5.6 Jahresabschluss des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale)
für das Wirtschaftsjahr 2006
Vorlage: IV/2007/06850**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass

- 1. der Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2006 festgestellt wird.**
 - 2. gemäss § 18 (4) Satz 2 EigenBG LSA der Leitung des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2006 Entlastung erteilt wird.**
 - 3. der Gewinn von 171.891,30 € der Gewinnrücklage zugeführt wird.**
-

**zu 5.7 Wirtschaftsplan 2008 für das Psychiatrische Krankenhaus Halle
(Saale)
Vorlage: IV/2007/06851**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt entsprechend § 10 der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Psychiatrisches Krankenhaus Halle (Saale) den wirtschaftsplan 2008.

**zu 5.8 Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2006 des Eigenbetriebes für
Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) - EfA
Vorlage: IV/2007/06901**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

- 1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung für das
Wirtschaftsjahr 2006 wird festgestellt.**
 - 2. Der Leitung des EfA wird für das Wirtschaftsjahr 2006 gemäß § 18 Abs. 4
Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.**
 - 3. Der Gewinn des Geschäftsjahres 2006 in Höhe von 93.560,51 Euro wird
An die Stadt Halle (Saale) ausgezahlt.**
-

**zu 5.9 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das
Wirtschaftsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/06943**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

**Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr
2008 wird bestätigt.**

**zu 5.10 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007/2008 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2008/06951**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007/2008 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle.

**zu 5.11 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Kulturinsel" für das
Wirtschaftsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/06950**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007 / 2008 für die Kulturinsel laut Anlage 1.

zu 5.12 Feststellung Jahresabschluss 2006 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: IV/2007/06924

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der Zoologischer Garten Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von dem Geschäftsführer der Zoologischer Garten Halle GmbH vorgelegte, von der Niethammer, Posewang & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft geprüfte und am 30.03.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2005 wird festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	742.082,58 €
Die Bilanzsumme beträgt	38.182.252,71 €

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 742.082,58 € wird durch Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen.
 3. Dem Geschäftsführer wird für das Jahr 2006 die Entlastung erteilt.
 4. Der Beirat wird für das Geschäftsjahr 2006 entlastet.
-

zu 5.13 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: IV/2007/06912

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die unter Gremienvorbehalt gefasste Beschlussfassung der Oberbürgermeisterin aus der Gesellschafterversammlung der Zoologischer Garten Halle GmbH vom 05.12.2007:

a) Der bisherige § 1 Abs. 1 wird aufgehoben und wie folgt neu gefasst:

(1) Die Gesellschaft führt die Firma

Zoologischer Garten Halle g G m b H
(im Folgenden: „Zoo“ oder „Gesellschaft“)

b) Der § 2 wird aufgehoben und wie folgt gefasst:

§ 2 Gegenstand der Gesellschaft und Selbstlosigkeit

(1) Gegenstand der Gesellschaft sind Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung

(2) Der Zoo beachtet hierbei im Besonderen die Bestimmungen der EG-Richtlinie 1999/22 des Rates vom 29.03.1999:

a) Der Zoo beteiligt sich an europäischen und internationalen Forschungsaktivitäten, die zur Erhaltung bedrohter Arten beitragen, an der Ausbildung in erhaltungsspezifischen Kenntnissen und Fertigkeiten, am Austausch von Informationen über die Artenerhaltung, an internationalen Erhaltungszuchtprogrammen, auch mit dem Ziel der Bestandserneuerung oder der Wiedereinbürgerung von Arten in ihren natürlichen Lebensräumen.

b) Der Zoo als regionales Naturschutzzentrum fördert die Aufklärung und das Bewusstsein der Öffentlichkeit in Bezug auf den notwendigen Erhalt der biologischen Vielfalt, insbesondere durch Informationen über die zur Schau gestellten Arten und ihre natürlichen Lebensräume und durch gezielte, innovative Aktivitäten auf den Gebieten der Zoo- und Umweltpädagogik. Im Rahmen der Welt-, Zoo- und Aquarium-Naturschutzstrategie sammelt der Zoo Mittel für Naturschutzprojekte.

c) *Der Zoo hält seine Tiere unter Bedingungen, mit denen den biologischen und den Erhaltungsbedürfnissen der jeweiligen Art Rechnung getragen werden soll, wozu unter anderem eine artgerechte Ausgestaltung der Gehege gehört, und er sorgt mit einem gut durchdachten Programm der tiermedizinischen Vorbeugung und Behandlung sowie der Ernährung dafür, dass die Tierhaltung und das Tiermanagement stets hohen Anforderungen, die auch den ethischen Grundsätzen des Weltverbandes der Zoos und Aquarien entsprechen, genügt. Darüber hinaus fungiert der Zoo als Auffangstation für in Not geratene wildlebende einheimische Tiere und steht der Bevölkerung für alle tierschutzrelevanten Hilfeleistungen zur Verfügung.*

(3) Die Gesellschaft sichert die laufende Entwicklung nach modernen Erkenntnissen der Tiergartenbiologie in Übereinstimmung mit den Vorgaben zum Umgang mit der denkmalgeschützten Park- und Zooanlage mit dem Ziel, die traditionsreiche Kultureinrichtung der Stadt Halle (Saale) für kommende Generationen zu erhalten.

(4) Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu befördern.

(5) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich, unmittelbar und selbstlos gemeinnützige Zwecke im Sinne von § 52 der Abgabenordnung. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwandt werden. Die Gesellschafterin darf keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafterin auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Körperschaft erhalten.

Die Gesellschafterin erhält bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

c) Der bisherige § 3 wird aufgehoben und wie folgt gefasst:

§ 3 Dauer und Geschäftsjahr

(1) Die Dauer ist unbefristet.

(2) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

d) Der bisherige § 4 wird aufgehoben und wie folgt gefasst:

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt Sechszwanzigtausend EURO.

e) Der § 9 Abs. c) wird aufgehoben und die bisherigen Absätze d) bis i) vorgezogen (bisheriger Abs. d) wird zu c), e) zu d), f) zu e), g) zu f), h) zu g), i) zu h))

f) Der bisherige § 10 Abs. 1 wird aufgehoben und wie folgt gefasst:

(1) Die Gesellschaft hat einen Beirat. Er besteht aus dem Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale), aus zwei von ihm bestimmten hauptamtlichen Mitarbeitern der Stadt Halle sowie aus fünf auf Vorschlag der Fraktionen des Gemeinderates entsandten Vertretern, die nicht Stadträte sein müssen.

g) Der bisherige § 17 Abs.5 wird aufgehoben und wie folgt gefasst:

(5) Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt. Den Vorsitz hat der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt Halle (Saale). Er kann einen Beamten oder Arbeitnehmer der Gemeinde mit seiner Vertretung beauftragen.

h) § 19 Abs. 9 wird neu hinzugefügt und wie folgt gefasst:

(9) die Gründung, der Erwerb, die Veräußerung sowie Anpachtung anderer Unternehmen, von Teilen von Unternehmen, von Beteiligungen, Umwandlung und Verschmelzung der Gesellschaft sowie Abschluss von Unternehmensverträgen.

i) Der bisherige § 20 Abs. 6 wird ersatzlos gestrichen.

j) Der bisherige § 21 wird aufgehoben und wie folgt gefasst:

§ 21 Auflösung, Liquidation

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zweckes fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an die Stadt Halle (Saale) in ihrer Eigenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts zur ausschließlichen Verwendung für gemeinnützige Zwecke.

2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Änderung des Gesellschaftsvertrages noch erforderlichen Schritte einzuleiten.

zu 6 **Wiedervorlage**

zu 6.1 **Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zur Änderung der BV IV/2007/06463 Grundsatzbeschluss Ausbau/Umgestaltung des Steinweges zwischen Franckeplatz und Rannischem Platz
Vorlage: IV/2007/06769**

Herr Bauersfeld, Fraktion der CDU, begründete seinen Antrag und bat um Zustimmung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, um Abstimmung zum Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt folgende Änderungen der Vorplanung für den Ausbau/ die Umgestaltung des Steinweges zwischen Franckeplatz und Rannischem Platz als Grundlage für die weitere Planung:

- 1. Die Standspur wird als durchgehende, nicht durch Parkbuchten eingeschränkte Fahrbahn ausgeführt.*
- 2. Die Schwetschkestraße wird zum Steinweg für ein- und ausfahrenden Verkehr geöffnet.*

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich a b g e l e h n t

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Bildungsausschuss
Vorlage: IV/2008/06956**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Als sachkundige Einwohnerin im Bildungsausschuss scheidet Frau Julia Faltus aus.

Frau Wencke Gabert wird als sachkundige Einwohnerin in den Bildungsausschuss berufen.

**zu 7.2 Antrag des Stadtrates Denis Häder - WIR. FÜR HALLE. - zur Bereitstellung von kostenlosen Innenstadtplänen auf dem Hauptbahnhof
Vorlage: IV/2008/06960**

Herr Häder, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, begrüßte, dass die Stadtverwaltung sich seinen Antrag zu Eigen machen wolle. Er wies jedoch darauf hin, dass auf die kostenlose Bereitstellung der Innenstadtpläne auf dem Hauptbahnhof sichtbarer hingewiesen werden sollte.

Herr Misch, Fraktion der CDU, fragte, welche finanziellen Auswirkungen die Bereitstellung der kostenlosen Pläne auf den städtischen Haushalt habe.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, antwortete zur Frage von Herrn Häder, dass entsprechend auf die Stadtpläne hingewiesen werde.

Auf die Frage von Herrn Misch antwortete er, dass im Moment die Pläne durch das Stadtmarketing zur Verfügung gestellt werden und somit ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit es möglich ist, auf dem Hauptbahnhof in Halle kostenlose Innenstadtpläne mit Wegbeschreibung zur Tourist-Information auf dem Marktplatz vorzuhalten.

Abstimmungsergebnis:

e r l e d i g t
von der Verwaltung übernommen

zu 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Strategie der Stadt Halle (Saale) zur Bekämpfung der Kinderarmut
Vorlage: IV/2008/06940

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., begründete den Antrag ihrer Fraktion und bat um Zustimmung.

In der Antwort der Verwaltung sei allerdings die Aufnahme der Handlungskonzepte zu kurz gekommen. Diese müssten unbedingt in die Strategie mit aufgenommen werden.

Es ginge darum, mit den Freien Trägern und dem Arbeitskreis Armut, die vorhandenen Möglichkeiten zu kompensieren.

In den angeführten Eckpunkten des Antrages ihrer Fraktion wurde der eigenständige Regelsatz für Kinder und Jugendliche hervorgehoben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dem Antrag könne von Seiten der Verwaltung zugestimmt werden.

Der nächsten Familienberichterstattung werde das Thema, wie es den Kindern und in den Familien geht, gewidmet. Dazu gehöre auch eine Analyse der finanziellen Situation der Kinder.

Wenn dem Antrag der Fraktion so zugestimmt werde, bedeute dies nicht, dass automatisch der Einsatz eines eigenständigen Regelsatzes für die Kinder und Jugendlichen erfolge. Hier sei die Stadt an Gesetze gebunden.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, wies darauf hin, dass auch strategische Überlegungen und Handlungen dazu gehören, um ein arbeitspolitisches Programm für die ARGE zu erstellen.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, bemerkte, dass seine Fraktion dem Antrag nicht so einfach zustimmen könne, da in der Stellungnahme der Verwaltung zum Punkt 3 des Beschlussvorschlages keine konkrete Aussage zur Veranstaltung eines Kongresses gemacht wurde.

Würde sich das die Stadt auch zu Eigen machen wollen?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, sie gehe davon aus, dass der Intention dieses Antrages gefolgt werde, egal, ob ein Kongress oder eine andere Möglichkeit der Kommunikation stattfindet.

Wenn die Verwaltung einen Bericht mit Handlungsempfehlungen vorlegt, sei es ihre Verpflichtung, andere Träger der Jugendhilfe einzubeziehen.

Insofern sehe sie die Bezeichnung „Kongress“ und den Zeitpunkt nicht so eng.

Sie bat im Protokoll zu vermerken, dass hierzu eine Kommunikationsplattform gefunden werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, im 2. Quartal des Jahres 2008 einen Bericht zur Lage der in Armut lebenden Kinder in der Stadt Halle (Saale) vorzulegen.
2. Neben einer analytischen Darstellung sollen insbesondere bisherige Maßnahmen gegen Kinderarmut und mögliche ressortübergreifende Handlungskonzepte vorgeschlagen werden.

Folgende Eckpunkte sollten Berücksichtigung finden:

- Verbesserung der materiellen Lebenssituation armutsgefährdeter Kinder und Jugendlicher, u. a. durch Leistungen des Halle-Passes
 - Einsatz der Stadt Halle (Saale) für einen eigenständigen Regelsatz für Kinder und Jugendliche
 - Neuausrichtung bzw. Anpassung an Gesundheitsziele der Stadt Halle (Saale) an den Lebenslagen von Armut betroffener und armutsgefährdeter Kinder und Jugendlicher
 - Schaffung von Präferenzregelungen zur Benachteiligtenförderung und von Schnittstellen zur Armutsbekämpfung in und zwischen den Förderrichtlinien der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines ressortübergreifenden Ansatzes
3. Aufbauend auf bisherige Tagungen und Konferenzen zu dieser Thematik und in enger Zusammenarbeit mit Interessenverbänden, Einrichtungen und Organisationen und der „Arbeitskreis Armut“ sollen bis September 2008 im Rahmen einer Konferenz konkrete kommunale Möglichkeiten zur Reduzierung und Vermeidung von Kinderarmut aufgezeigt und Schritte zur Umsetzung beraten werden.
 4. Über eingeleitete Schritte und den Stand der Vorbereitung zur Umsetzung des Beschlusses soll im Dezember 2008 im Stadtrat berichtet werden.
-

zu 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Direktvergaben im Öffentlichen Personennahverkehr der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/06945

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, schlug vor, die Tagesordnungspunkte 7.4 und 7.5 gemeinsam zu behandeln, da es sich bei beiden Punkten um den Öffentlichen Personennahverkehr handelt.

Zur Abstimmung werden die Tagesordnungspunkte einzeln aufgerufen.

Herr Heft, Fraktion DIE LINKE., bat im Namen seiner Fraktion, dem Beschlussvorschlag in der verändertern Fassung der Stadtverwaltung nicht zu folgen.

Im Antrag seiner Fraktion werde ein konkreter Bezug genommen und der veränderte Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung sei zu allgemein gehalten.

Seine Fraktion könnte dem Vorschlag der Stadtverwaltung folgen und als Änderung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. auffassen, wenn die Verwaltung ihren vorliegenden Änderungsvorschlag um den Wortlaut: „*Die Optionen der Verordnung (EG VO 1370/2007) sind dabei zu nutzen.*“ übernimmt.

Dies schließe eine Konkretisierung des eigentlichen Anliegens ein und ändere nichts an der Intention der Stadtverwaltung.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, gab zu Bedenken, dass der Antragsteller zwei Anträge hintereinander gestellt habe, welche in der Reihenfolge anders herum abgestimmt werden müssten.

Der TOP 7.5 - Öffentlicher Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) – habe zunächst die Intention, dass im Punkt 1 die Option einer Direktvergabe nicht ausgeschlossen werde. Der zweite Punkt habe mehr deklaratorische Bedeutung, da der Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag zu dieser Option dazu gehöre.

In der Stellungnahme der Stadtverwaltung werde darauf hingewiesen, dass es gegenwärtig aufgrund der nicht konformen Rechtslage zwischen der zugrunde liegenden EU-Verordnung und dem deutschen Recht nicht sinnvoll sei, vorab eine Option zu ziehen oder auch nicht.

Aus diesem Grunde sei die Aussage zu dieser Option zurzeit nicht sinnvoll.

Im TOP 7. 4 - Direktvergaben im Öffentlichen Personennahverkehr der Stadt Halle (Saale) – versuche der Antragsteller, die Option der Direktvergabe beschließen zu lassen. Dies sei problematisch, weil die Direktvergabe erhebliche Nachteile (steuerlicher Querverbund) habe, welche im öffentlichen Teil der Sitzung nicht dargestellt werden können.

Aus diesem Grunde sei es nicht angeraten in der Form zu beschließen, wie vom Antragsteller gewünscht.

Der veränderte Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung berücksichtige die Intention des Antragstellers, lasse aber die vor uns liegenden Veränderungen in den rechtlichen Grundlagen noch offen.

Herr Krause, Fraktion der SPD, wies darauf hin, dass mit dem veränderten Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht darauf hingewiesen wurde, wann der Antrag wieder auf die Tagesordnung kommt.

Herr Heft gab für den TOP 7.4 - Direktvergaben im Öffentlichen Personennahverkehr der Stadt Halle (Saale) - zu Protokoll:

In dem Antrag geht es darum, dass mit der Veröffentlichung der EG VO 1370/2007 am 03.12.2007 Probleme für den kommunalen Nahverkehr in der Stadt Halle (Saale) erkannt wurden. Diese müssen geklärt werden, bevor öffentlich über Maßnahmen berichtet werde. Aus diesem Grunde beinhaltet der Antrag lediglich eine Analyse der Situation seit dem 03.12.2007 und aus der Analyse heraus, das Ableiten von Schlussfolgerungen und Maßnahmen.

Seine Fraktion könne der Intention der Stadtverwaltung folgen, allerdings reflektiere die vorgeschlagene Änderung nicht die seit dem 03.12.2007 gegebene Situation.

Zum TOP 7.5 - Zum Öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) – betonte er, dass es heute keinen Grund gäbe, eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen, welche andere Möglichkeiten über künftiges Handeln nicht ausschließt.

Unabhängig davon, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt das Personenbeförderungsgesetz von der Bundesregierung geändert wird, gelte vorrangig eine Verordnung der Europäischen Kommission.

Seine Fraktion beantrage in namentlicher Abstimmung das Bekenntnis zu kommunalen Beteiligungen durch den Stadtrat.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, machte deutlich, dass seine Fraktion der Empfehlung der Stadtverwaltung folgen wollte.

Nach den Ausführungen von Herrn Heft stelle seine Fraktion nun den Geschäftsordnungsantrag, die TOP 7.4 und 7.5 in den Hauptausschuss zu verweisen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl gab bekannt, dass die TOP 7.4 und 7.5 in den Hauptausschuss verwiesen wurden.

**zu 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu
Direktvergaben im Öffentlichen Personennahverkehr der Stadt Halle
(Saale)
Vorlage: IV/2008/06945**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

- 1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in nichtöffentlicher Sitzung darzustellen, ob gegenwärtig die Bestimmungen der EG VO 1370/2007 Art. 5 Absatz 2a für die Direktvergabe von Personenverkehrsdienstleistungen, für die öffentliche Ausgleichsleistungen und/oder ausschließliche Rechte gewährt werden, in der Stadt Halle (Saale) erfüllt werden.*
- 2. Sofern nach der Analyse des Status quo das Ergebnis eine Direktvergabe von Personenverkehrsdienstleistungen, für die öffentliche Ausgleichsleistungen und/oder ausschließliche Rechte gewährt werden, nach den Bestimmungen der EG VO 1370/2007 Art. 5 Absatz 2a ausschließt, wird dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale)*

von der Oberbürgermeisterin bis zum März 2008 ein Maßnahmenkatalog vorgelegt, um die Option der Direktvergabe v. g. Personenverkehrsdienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) zu nutzen.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der CDU in den

H a u p t a u s s c h u s s

verwiesen.

**zu 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum
Öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/06947**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

- 1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schließt die Option der Direktvergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrages zur Erbringung von Verkehrsdienstleistungen an die HAVAG entsprechend Artikel 5 der EG-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (EG VO 1370/2007) grundsätzlich nicht aus.*
 - 2. Die Beauftragung der HAVAG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen und die Gewährung öffentlicher Zuschüsse und/oder ausschließlicher Rechte ist an einen dem ab 2009 geltenden neuen EU-Recht gerecht werdenden Verkehrsleistungs- und Finanzierungsvertrag (VLFV) und an die Erfüllung der vom EuGH definierten Kriterien im Urteil „Altmark Trans“ Az. Rechtssache C-280/00 gebunden.*
-

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der CDU in den

H a u p t a u s s c h u s s

verwiesen.

**zu 7.6 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung eines Aufsichtsratssitzes für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zur Umsetzung des SGB II
Vorlage: IV/2008/06993**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat benennt Herrn Andreas Nowotny zwecks Bestellung in den Aufsichtsrat der ARGE SGB II Halle GmbH.

**zu 7.7 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
Vorlage: IV/2008/06997**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten scheidet Herr Andreas Nowotny aus.

Herr Udo Nistripke wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten berufen.

zu 7.8 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Wahl eines Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: IV/2008/06994

zu 7.9 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität zur Wahl eines Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: IV/2008/06995

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass zu beiden Tagesordnungspunkten offen gewählt werden könne, wenn kein Stadtrat widerspricht.

Herr Misch, Fraktion der CDU, widersprach zu beiden Tagesordnungspunkten einer offenen Wahl.

Herr Bartl gab bekannt, dass je ein Stimmzettel für Wahl zu den TOP 7.8 und 7.9 ausgeteilt werde.

Herr Bartl bat die **Protokollführerin, Frau Kraft**, die Stadträte namentlich zur Wahl aufzurufen.

Nach Abschluss des Wahlvorganges zu den TOP 7.8 und 7.9 gab **Herr Bartl** das **Wahlergebnis zum TOP 5.2 - Wahl der/des Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit** – bekannt:

Bei 53 abgegebenen Stimmen bei 53 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates wurde gewählt:

Herr Dr. jur. Bernd Wiegand	mit 27 Stimmen
Frau Heike Brehmer	mit 22 Stimmen
Herr Georg Findeisen	mit 3 Stimmen
Herr Sandro Claecchi	mit 1 Stimme
Herr Stefan Kopp	mit 0 Stimmen
Frau Susanne Kraft	mit 0 Stimmen
Herr Mathias Schumann	mit 0 Stimmen

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, und **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** gratulierten **Herrn Dr. jur. Bernd Wiegand** zur Wahl des **Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit**.

Herr Bartl informierte, dass nun in eine **P A U S E** eingetreten wird.

A N F A N G: 15:45 Uhr

E N D E: 16:10 Uhr

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über das Wahlergebnis zu den TOP 7.8 und 7.9:

**zu 7.8 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Wahl eines Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: IV/2008/06994**

Abstimmungsergebnis: Beschluss per geheimer Wahl

Bei 53 abgegebenen Stimmen bei 53 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates wurde gewählt:

Herr Andreas Nowotny mit 44 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
2 ungültige Stimmen

Beschluss:

Der Stadtrat wählt Herrn Andreas Nowotny als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

**zu 7.9 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität zur Wahl eines Mitgliedes der Fraktion im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: IV/2008/06995**

Abstimmungsergebnis: Beschluss per geheimer Wahl

Bei 53 abgegebenen Stimmen bei 53 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates wurde gewählt:

Herr Klaus Adam mit 46 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
2 ungültige Stimmen

Beschluss:

Frau Petra Meißner scheidet aus dem Jugendhilfeausschuss aus.

Der Stadtrat wählt Herrn Klaus Adam als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

zu 8 Anfragen von Stadträten

zu 8.1 Anfrage des Stadtrates Tom Wolter – MitBürger – zu Fördermitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) Vorlage: IV/2007/06891

Laut einer Pressemitteilung der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt vom 24.10.2007 hat die EU-Kommission das Operationelle Programm EFRE 2007- 2013 für Sachsen-Anhalt genehmigt. Aus den Mitteln des EFRE sollen demnach im neuen Förderzeitraum 46 Maßnahmen mit zum Teil mehreren Förderprogrammen finanziert werden.

Ich frage:

Hat die Stadt Halle (Saale) sich bereits beim Land Sachsen-Anhalt um Fördermittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (Zeitraum 2007 -2013) beworben?

Wenn ja, mit welchen Projekten?

Wenn nein, wann ist eine Bewerbung vorgesehen und in welcher Form wird der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) am Verfahren beteiligt?

gez. Tom Wolter
Stadtrat MitBürger

Antwort der Verwaltung:

Bereits am 01.07.2005 wurde die Stadt Halle durch das Landesverwaltungsamt informiert, dass das Land für die Förderperiode 2007-2013 beabsichtigt, aus Mitteln des Europäischen Strukturfonds (EFRE) vorrangig Landes- und Bundesstraßen in der Trägerschaft der kreisfreien Städte zu fördern.

Daraufhin wurden am 07.07.2005 folgende durch die Stadt Halle im Förderzeitraum geplanten förderfähigen Vorhaben dem Landesverwaltungsamt benannt:

- HES 3b2 Knoten Grenzstraße - Knoten Delitzscher Straße
- HES 4. BA Delitzscher Straße - Berliner Straße
- Delitzscher Straße
- A14/Autobahnzubringer Halle-Ost, Beteiligung Stadt.

Mit dem Antrag zum Programmjahr 2007 über das Förderprogramm Stadtumbau Ost-Aufwertung wurden sowohl Städtebaufördermittel, als auch EFRE-Mittel für die Förderperiode 2007-2013 beantragt. Diese Antragstellung wurde für folgende Maßnahmen seitens des Landes bewilligt:

- Drehscheibe Halle
- Leitbild Steg
- Franckesche Gärten
- Grünflächengestaltung Saline
- Grünflächengestaltung Oleanderweg
- Zentrum Neustadt

Ein erneuter Antrag für EFRE-Mittel mit der dazugehörigen Kofinanzierung der Städtebaufördermittel wurde mit dem Programmjahr 2008 für folgende Maßnahmen gestellt

- Saline Brücke Franz-Schubert-Straße
- Zentrum für zeitgenössische Kultur (ZfzK) Bahnhof Neustadt
- Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, sagte, dass er mit der Qualität der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden sei. Ihm ging es hauptsächlich darum, in welcher Form der Stadtrat in der Vergabe und in der Beantragung der EFRE-Mittel beteiligt werde. Aus diesem Grunde würden sich weitere Fragen ergeben, welche er schriftlich über die Geschäftsstelle einreichen werde.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, dass die Fragen exakt beantwortet wurden. Herr Wolter habe nicht nach der Beteiligung des Stadtrates gefragt. Auf den Ja-Fall wurde geantwortet.

Die Recherche zur Beantwortung habe deshalb so lange gedauert, weil außer den Projekten, die im GB Planen, Bauen und Straßenverkehr laufen, noch in der gesamten Verwaltung recherchiert werden musste, ob über EFRE noch andere, geförderte Projekte in diesem Zeitraum relevant waren.

Herr Dr. Pohlack machte **Herrn Wolter** den Vorschlag, seine noch offenen Fragen zu präzisieren, damit eine exaktere Beantwortung erfolgen kann.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.2 Anfrage des Stadtrates Dietmar Weihrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- zum Bau einer Abfallverwertungsanlage in Heide-Süd
Vorlage: IV/2007/06887**

Ausweislich des Amtsblattes des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt vom 18.09.2007 hat die im Technologie- und Gründer-Zentrum Halle ansässige Firma LOGOIL GmbH beim Landesverwaltungsamt einen Genehmigungsantrag für das Vorhaben der Errichtung und den Betrieb einer Anlage zur thermo-katalytischen Verwertung von Abfällen, einschließlich der Lagerung derartiger Abfälle in Halle-Kröllwitz (Flur 24, Flurstück 1330) gestellt. In der Anlage sollen Krankenhausabfälle recycelt werden. Der Standort ist im Bebauungsplan der Stadt Halle Nr. 32.2 als Sondergebiet im Sinne des §11 BauNVO ausgewiesen. Nach § 11 BauNVO kommen als Sondergebiete in Betracht:

- Gebiete für den Fremdenverkehr, wie Kurgebiete und Gebiete für die Fremdenbeherbergung
- Ladengebiete
- Gebiete für Einkaufszentren und großflächige Handelsbetriebe
- Gebiete für Messen, Ausstellungen und Kongresse
- Hochschulgebiete
- Klinikgebiete
- Hafengebiete
- Gebiete für Anlagen, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung erneuerbarer Energien, wie Wind- und Sonnenenergie, dienen

Die Erforschung und Entwicklung des vorgesehenen Verfahrens erfolgt nach Angaben der Firma LOGOIL GmbH in der LOGOIL-Pilotanlage im Bitterfelder Chemiepark. Der geplante Betrieb der Anlage entspricht demnach nicht den Anforderungen eines Sondergebietes. Zudem befindet sich der vorgesehene Standort in unmittelbarer Nähe eines Wohngebietes.

Ich frage:

- 1. Wie beurteilt die Verwaltung die Zulässigkeit der (Abfallverwertungs-)Anlage, die in dem Sondergebiet errichtet werden soll? Worin liegt der Forschungs- und Entwicklungscharakter der Anlage? Entspricht das Vorhaben als Produktionsbetrieb den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 32.2?**
- 2. Gab es eine Bauvoranfrage des Investors? Wenn ja, hat die Stadt Halle ggf. einen positiven Bescheid auf die Bauvoranfrage erteilt?**
- 3. Hat bzw. wird die Stadt Halle eine Stellungnahme in dem Genehmigungsverfahren abgegeben? Wenn ja, welche Inhalte hat die Stellungnahme bzw. wird diese haben?**
- 4. Rechnet die Verwaltung mit Auswirkungen der Anlage (einschließlich des durch die Anlage hervorgerufenen erhöhten Verkehrsaufkommens) auf das unmittelbar anschließende (reine) Wohngebiet? Stellen diese Auswirkungen die baurechtliche Genehmigungsfähigkeit der Anlage in Frage?**
- 5. Gab es Vorgespräche mit den Investoren zur Ansiedlung an dem vorgesehenen Standort? Wenn ja, hat die Verwaltung versucht, die Investition auf andere verfügbare Standorte (z.B. Hafen Halle oder an der Deponie Lochau) zu lenken,**

um negative Auswirkungen auf die angrenzenden Wohngebiete auszuschließen? Wenn nein, warum nicht?

gez. Dietmar Weihrich
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort der Verwaltung:

Die Gespräche mit dem Investor haben ergeben, dass es sich nicht um eine Abfallverwertungsanlage handelt, die primär eigenwirtschaftlich betrieben werden soll und kann.

Vielmehr dient die Anlage der Erforschung und Erprobung des technologischen Prozesses in kleinem Maßstab.

Größere, im eigenwirtschaftlichen Maßstab rentierlich arbeitende Anlagen sollen später an anderen geeigneten Standorten errichtet werden.

Zu Frage 1:

Aus heute nicht mehr nachzuvollziehenden Gründen ist der Bebauungsplan Nr. 32.4 in einer Fassung vom damaligen Regierungspräsidium genehmigt und nachfolgend bekannt gemacht worden, die so nicht vom Stadtrat beschlossen worden ist. Aus diesem Grund muss davon ausgegangen werden, dass der Bebauungsplan Nr. 32.4 keine Wirksamkeit entfaltet.

Die planungsrechtliche Zulässigkeitsbeurteilung kann deshalb nur nach § 34 BauGB erfolgen. Das Umfeld des Vorhabens entspricht faktisch einem Sondergebiet, welches geprägt ist durch Institute für Lehre, Forschung und Wissenschaft. Diese haben wie auch die etwas entfernter liegende Wohnbebauung ein besonderes Schutzbedürfnis bezüglich Immission wie Lärm, Erschütterung, chemischen Substanzen und Gerüche.

Nach Auffassung der Verwaltung ist vom Vorhabenträger bisher noch nicht vollständig der Nachweis erbracht worden, dass das Vorhaben den oben dargestellten Zulässigkeitsvoraussetzungen entspricht. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Abstimmungen zur endgültigen Beurteilung noch nicht abgeschlossen sind.

Zu Frage 2:

Eine Bauvoranfrage wurde nicht gestellt.

Zu Frage 3:

Die Stadt hat im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens mit Bezug auf die derzeitigen Antragsunterlagen zunächst fristwährend eine ablehnende Stellungnahme abgegeben.

Zu Frage 4:

Die Auswirkungen der Anlage werden derzeit beim Landesverwaltungsamt im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens geprüft.

Zu Frage 5:

Alternative Standorte im Stadtgebiet wurden nicht diskutiert, da die Anlage als Erforschungs- und Erprobungsanlage dem Entwicklungsziel des Technologieparkes grundsätzlich entspricht.

Folgende Gründe sprechen für den Standort *weinberg campus*:

- Nähe zur Universität (Fachbereich Chemie) und anderen Forschungspartnern (z. B.

Unternehmen ECH GmbH, dessen früherer, jetzt für die Steinbeiss-Stiftung tätige, Geschäftsführer Herr Prof. Matschiner die LOGOIL GmbH mit seinen wissenschaftlichen Erfahrungen unterstützt und berät;

- Möglichkeit zur Anmietung von zusätzlichen Büro- und Laborräumen im Bio-Nano-Zentrum (TGZ III) zur weiteren Erforschung des Verfahrens;
- Nutzung der geplanten Anlage als Demonstrationsobjekt für nationale und internationale Interessenten, für die dann entsprechende Großanlagen gebaut werden sollen;
- Nähe zum Universitätsklinikum, wo Herr Göldner seit fast 10 Jahren eine „LOGMED-Anlage“ betreibt, die Klinikabfälle desinfiziert und zur weiteren Verarbeitung vorbereitet.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.3 Anfrage des Stadtrates Dietmar Weihrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– zur Bedarfsliste Verkehr 2008
Vorlage: IV/2008/06959**

In der Antwort auf eine Anfrage des Stadtrates Uwe Köck (DIE LINKE.) vom 22.02.2006 zur Bedarfsliste Verkehr 2006 (Vorlagen-Nummer: IV/2006/05605) wurde durch die Stadtverwaltung mitgeteilt, dass „Bedarfslisten Verkehr - Aktualisierung 2006“ dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten im ersten Halbjahr 2006 zur Kenntnis gegeben werden. Allerdings wurden in der Folge weder im Jahr 2006 noch 2007 eine aktualisierte Prioritäten- bzw. Bedarfsliste für die Straßen- und Verkehrsplanung vorgelegt. Die turnusmäßig jährlich zu aktualisierende Liste soll laut Vorlage IV/2005/04712 die Grundlage für die Haushaltsberatungen des Folgejahres bilden.

Ich frage:

Wann wird dem Stadtrat eine aktualisierte Bedarfsliste 2008 vorgelegt?

gez. Dietmar Weihrich
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung hat bis 2006 regelmäßig „Bedarfslisten Verkehr“ (Prioritäten für Investitionen) erarbeitet. Diese dienen als stadtverwaltungsinternes Arbeitsmaterial. Wegen der angespannten Haushaltslage 2006/2007 konnten die Bedarfslisten nicht wie geplant abgearbeitet werden, so dass sich keine wesentlichen Veränderungen an den Prioritäten ergeben haben.

Die Stadtverwaltung wird voraussichtlich im September 2008 aktualisierte Listen vorlegen. Gegenwärtig wird geprüft, ob der Aufbau und der Inhalt dieser Listen geändert wird.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anfrage des Stadtrates Joachim Geuther - CDU - zur finanziellen Bilanz der Parkraumbewirtschaftung in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06824**

Wie stellt sich die finanzielle Bilanz der Parkraumbewirtschaftung in Halle (Saale) dar?

Hierbei sollen sämtliche Einnahmen und Ausgaben anteilig für ein Haushaltsjahr nachvollziehbar dargestellt werden.

Dies sind z. B.:

Einnahmen aus Parkgebühren und Bußgeldbescheiden und dergleichen sowie Ausgaben, welche beispielsweise durch Anschaffung, Aufbau (anteilig für ein Jahr entspr. Abschreibungsfristen gerechnet) und die Bewirtschaftung der Parkautomaten entstehen.

Darüber hinaus soll insbesondere über die Personalkosten für die, das Parkverhalten kontrollierenden Ordnungskräfte anteilig zu den bewirtschafteten Bereichen informiert werden und in die Rechnung einfließen.

gez. Geuther
Stadtrat

Antwort der Verwaltung:

Die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung ist eine Umsetzungsmaßnahme aus der durch den Stadtrat bestätigten Haushaltskonsolidierung. Die Erweiterung dieser Flächen hat nicht zu einem entsprechenden Aufwuchs an Personal geführt. Die Personalkosten für die Ordnungskräfte sind nicht im Unterabschnitt 6800 ausgewiesen, weil der Personaleinsatz dienstplan- und quartierabhängig erfolgt. (Die Personalkosten für die Ordnungskräfte und die festgestellten Ordnungswidrigkeiten der Quartiere der Parkraumbewirtschaftung sind nicht gesondert ausgewiesen und fließen in den UA 1100 öffentliche Ordnung mit ein.)

Egbert Geier
Beigeordneter

Herr Geuther, Fraktion der CDU, drückte aus, dass er mit der Beantwortung nicht einverstanden sei.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5 Anfrage des Stadtrates Joachim Geuther - CDU - zur
Geschwindigkeitsüberwachung durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06932**

Ich frage die Stadtverwaltung:

- 1. Ob die Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen nur an Unfallschwerpunkten mit Ursache überhöhter Geschwindigkeit aufgestellt wurden?**
- 2. Welche Kriterien bestimmen die Standorte der Überwachungsanlagen? (außer den dort bisher gemessenen Geschwindigkeitsüberschreitungen)**
- 3. Wie stellen sich die Unfallstatistiken hinsichtlich Ursache überhöhte Geschwindigkeit an den einzelnen stationären Standorten dar?**

gez. Joachim Geuther
Stadtrat

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Die Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen wurden nicht ausschließlich an Unfallschwerpunkten mit der Ursache überhöhte Geschwindigkeit aufgestellt.
Die Begründung dafür ergibt sich aus der Erläuterung zu 2.

zu 2.

Auf Grundlage der Grundsätze und Verfahrensvorschriften für die Verkehrsüberwachung im fließenden Verkehr durch Kommunen sowie der Richtlinie für die Verkehrsüberwachung der Polizei dient die Verkehrsüberwachung dem vorrangigen Ziel der Verkehrsunfallprävention und der Erziehung der Verkehrsteilnehmer zu verkehrsgerechtem und rücksichtsvollem Verhalten.

Es ist eine hoheitliche Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis.

Dabei ist die sorgfältige Erfüllung der rechtlichen und technischen Anforderung mit der jeweiligen vorhandenen Technik Voraussetzung.

Ebenso ist festgelegt, dass sich die Kommunen mit den jeweiligen örtlichen Polizeidienststellen über die in Frage kommenden Messstellen abstimmen.

Die Abstimmung ist in Halle erfolgt.

Bei der Auswahl der Messstellen wurden folgende Grundsätze berücksichtigt:

- Strecken, die nach den Ergebnissen der örtlichen Unfalluntersuchung (Unfalltypen-Steckkarte) Unfallbrennpunkte sind
- Strecken, die als schutzwürdige Zonen anzusehen sind (z. B. Schulwege, Nähe von Altenheimen)
- Strecken, die zwar keine Unfallbrennpunkte sind, auf denen sich aber Fahrunfälle, Abbiegeunfälle, Kreuzungsunfälle, Unfälle im Längsverkehr und Unfälle beim Überschreiten der Fahrbahn mit Toten und Schwerverletzten ereignet haben, oder auf denen starker Fußgängerverkehr herrscht
- Strecken, auf denen die Straßenverkehrsbehörde wegen der Eigenart des Straßenverlaufs, der Notwendigkeit der Verminderung von Geschwindigkeitsunterschieden oder möglicher Unterschätzung der Fahrgeschwindigkeit durch andere Kraftfahrer eine Geschwindigkeitsbeschränkung

- durch Zeichen 274 angeordnet hat
- innerörtliche Durchgangsstraßen, an denen Geh-/Radwege fehlen
- Strecken in reinen Wohngebieten, auf denen erhöhte Geschwindigkeit zur Belästigung von Anwohnern durch Verkehrslärm führt

zu 3.

Bei der Auswertung der Verkehrsunfallanzeigen durch die Polizei werden die vorläufig festgestellten Ursachen der Unfallbeteiligten mit Zahlen verschlüsselt. Eine Ursache umfasst eine zu hohe Geschwindigkeit mit gleichzeitiger Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit. Diese Ziffer wird bei der Polizei nur verwandt, wenn eindeutig Hinweise, Aussagen oder Spuren vorhanden sind, welche nachweislich diese Überschreitung beweisen. Da dies nicht immer der Fall ist, sind Aussagen aus der Verkehrsunfallstatistik hinsichtlich von Unfällen mit der Ursache Geschwindigkeit und Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit nicht eindeutig möglich.

Die folgenden Aussagen basieren auf den Ergebnissen der Auswertung der Verkehrsunfälle (VU) der Jahre 2005 bis 2007.

Bereich An der Magistrale

Im direkten Umfeld des neuen Standortes des Geschwindigkeitsmessgerätes sind 4 VU mit der Ursache Geschwindigkeit registriert. Dabei wurden 2 Personen schwer und 1 Person leicht verletzt. Es geschahen weitere 2 VU mit jeweils einer leicht verletzten Person.

Bereich Berliner Str.

Im direkten Umfeld sind weder Geschwindigkeitsunfälle noch VU mit Personenschaden verzeichnet. Im Umfeld von etwa 300 m geschahen 2 Geschwindigkeitsunfälle mit jeweils einer leicht verletzten Person. Weiterhin ist ein Unfall mit Personenschaden ohne die Ursache Geschwindigkeit verzeichnet.

Europachaussee

Im Bereich der Überwachung sind 9 VU mit der Ursache Geschwindigkeit registriert. Dabei wurden 1 Person getötet, 4 schwer und 1 leicht verletzt. Andere Personenschadensunfälle waren nicht erkennbar.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Herr Geuther, Fraktion der CDU, erklärte sich mit der Beantwortung der ersten Frage nicht zufrieden.

Ihm kam es nicht darauf an, zu erfahren, dass an Unfallschwerpunkten die Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen aufgestellt wurden, sondern welche anderen Kriterien bei der Aufstellung mit einbezogen wurden.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.7 Anfrage der Stadträtin Isa Weiß - CDU - zum
Geschäftsverteilungsplan im Fachbereich 61
Vorlage: IV/2008/06957**

**Wie sehen der Geschäftsverteilungsplan und die dazugehörigen
Tätigkeitsdarstellungen des Fachbereiches 61 aus?**

Antwort der Verwaltung:

Die Zuständigkeiten im Fachbereich 61 Stadtentwicklung und -planung sind im Fachkonzept für diesen Fachbereich geregelt. Die entsprechende Übersicht zur Aufbauorganisation ist als Anlage beigefügt.

Es wird darauf hingewiesen, dass von den insgesamt 72 Planstellen im Fachbereich 9 unbesetzt sind. Dies führt im Einzelfall zu kurzfristigen Umorganisationsnotwendigkeiten bezüglich der festgelegten Geschäftsverteilung.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Frau Weiß, Fraktion der CDU, wies darauf hin, dass sie kein Organigramm haben wollte, sondern einen Geschäftsverteilungsplan und die dazugehörigen Tätigkeitsdarstellungen.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, hierzu gäbe es unterschiedliche Betrachtungsweisen.
Ihr wurde die komprimierte Form, wie über die Verteilung von Geschäften in einem Fachbereich Auskunft gegeben werden könne, vorgelegt.

Wenn sie die Tätigkeiten beschrieben haben wolle, müsse sie sich das Fachkonzept seines Geschäftsbereiches ansehen und hätte damit Einblick in die aktuelle Situation.

Frau Weiß antwortete, sie werde das Angebot annehmen und dazu nutzen, konkretere Fragen zu stellen.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.8 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zum Bauzustand des Schulgebäudes Taubenstr. 13
Vorlage: IV/2008/06962**

Das denkmalgeschützte Schulgebäude Taubenstr. 13 steht nach der Fusion der ehemaligen "GS Glaucha" mit der "GS am Ludwigsfeld" zum Schuljahr 2006/07 und der einjährigen Nachnutzung durch die Montessori-Schule seit deren Einzug in das neue Schulgebäude leer. Grund für die Freilegung des Schulgebäudes Taubenstr. 13 war der sehr schlechte Bauzustand (Schwammbefall u. a.) und die enorm hohen geschätzten Sanierungskosten. In der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung 2004/05 bis 2008/09 heißt es dazu: "Perspektivisch...wird geprüft, ob dieser innerstädtische Standort nach einer eventuell erfolgten Grundsanierung ...wieder für eine Grundschule genutzt werden kann." In den zurückliegenden Monaten waren wiederholt Überlegungen der Verwaltungsspitze zu möglichen Nachnutzungen veröffentlicht worden (MZ).

Ich frage die Verwaltung:

1. Wie ist der aktuelle Bauzustand des Schulgebäudes Taubenstr. 13?

Wie hoch sind die zu erwartenden Sanierungskosten?

Unterscheidet sich die Einschätzung des Sanierungsaufwandes in wesentlichen Punkten von derjenigen, die zur Freilegung des Schulstandortes geführt hat?

2. Gibt es konkrete Vorstellungen zur Sanierung und Nachnutzung des Gebäudes?

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Für das unter Denkmalschutz stehende Schulgebäude Taubenstrasse 13 gab es seit dem Auszug der ehemaligen Grundschule Glaucha (2006) bzw. der teilweisen Weiternutzung des Gebäudes durch die Montessori – Schule bis zum Schuljahresende 2007 keine Anforderungen zur weiteren Planung hinsichtlich notwendiger Sanierungen. Auch erfolgte keine Mitteleinstellung im städtischen Haushalt zur Realisierung investiver Baumaßnahmen. Das Gebäude wurde in den 90-iger Jahren außen saniert (Fenster, Dach). Einer weiteren Innensanierung wurde aber nicht zugestimmt.

Die Kostenschätzung mit Stand für eine Sanierung vom Januar 2000 beläuft sich auf ca. 4.600.000 Euro.

Somit hat sich am Bauzustand nichts verändert, d.h. es muss dringend eine Innensanierung erfolgen, um dieses Gebäude weiter nutzen zu können. Neben der Erneuerung der Sanitäranlagen, sind die Elt-Versorgung und Beleuchtung, die Flure, Unterrichtsräume und Schulleitungsbereiche zu sanieren, sowie geeignete Maßnahmen zur Realisierung der bauordnungsrechtlichen Vorschriften (Brandschutz) vorzunehmen.

Der Schwammbefall wurde durch gezielte Maßnahmen mit bekannt werden sofort beseitigt, die geschädigten Bauteile im Deckenbereich müssen im Rahmen einer Sanierung ausgewechselt werden.

Zu 2.

Nach dem Auszug der Grundschule Glaucha und dem Drittmietler wurde verwaltungsseitig intensiv daran gearbeitet, einen Nachnutzer für das Objekt zu gewinnen. Dabei ist der Verkauf bzw. der Abschluss eines Erbbaupachtvertrages in Betracht gezogen worden und

auch Gespräche zur Vermietung geführt worden. Alle drei Vermarktungsmöglichkeiten werden verfolgt. Es gibt mehrere Interessenten für dieses Objekt. Die Kosten der notwendigen Sanierung der Immobilie wurden ermittelt und kommuniziert. An einer Nachnutzung des Gebäudes wird weiter gearbeitet. Es steht in Verbindung mit der IBA; deshalb wird auch hier nach passenden Nutzungen gesucht.

Egbert Geier
Beigeordneter

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, sagte, dass sie sich bereits mit Herrn Beigeordneten Geier, Zentraler Service, zu seiner Beantwortung verständigt habe.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion - zur Emission von
Holzfeuerungsanlagen in Heide-Süd
Vorlage: IV/2008/06949**

Im Neubaugebiet von Heide-Süd werden seit ca. 2 Jahren Kamine nachträglich in die Reihenhäuser eingebaut. Damit wurde eine Entwicklung eingeleitet, die zu mehr Feinstaub, CO₂-Ausstoß und vor allem zu Geruchsbelästigungen durch die Abgase während der kühleren und kalten Jahreszeit führt. Dies tritt nicht nur während des Anheizens des Kamins auf, sondern über mehrere Stunden. Damit wird der Wohnwert dieser Gegend erheblich gemindert.

Wir fragen daher:

Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, diese Belästigungen zu verhindern oder einzuschränken?

gez. Gottfried Koehn
Fraktionsvorsitzender

Antwort der Verwaltung:

Behördliche Eingriffsmöglichkeiten bestehen in Bezug auf Feuerstätten und Abgasanlagen in Heide-Süd nur dann, wenn bei der Errichtung und beim Betrieb von Feuerstätten die bau- und / oder immissionsschutzrechtlichen Vorschriften nicht eingehalten werden.

Feuerstätten dürfen erst in Betrieb genommen werden, wenn vom Bezirksschornsteinfegermeister die Tauglichkeit und die sichere Nutzbarkeit der Abgasanlagen nach § 81 Abs. 2 der BauO LSA bescheinigt wurde.

Begründung:

Grundsätzlich sind Errichtung und Betrieb von Feuerstätten für feste Brennstoffe unter Beachtung der bau- und immissionsschutzrechtlichen Vorschriften im gesamten Bundesgebiet zulässig.

Durch die Gemeinden und Städte können jedoch durch Satzungsrecht, bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen, Beschränkungen z.B. durch die Ausweisung von Fernwärmevorranggebieten oder innerhalb von Bebauungsplänen erfolgen.

Heide-Süd ist nicht als Fernwärmevorranggebiet ausgewiesen. Die für Heide-Süd bestehenden verschiedenen Bebauungspläne regeln kein Verbot für die Errichtung und den Betrieb von Einzelfeuerstätten für feste Brennstoffe.

Für die Errichtung, Änderung oder Aufstellung von Abgasanlagen in und an Gebäuden sowie für freistehende Abgasanlagen mit einer Höhe bis zu 10 m ist entsprechend § 60 Abs. 1 Nr. 2 a) der Bauordnung Sachsen-Anhalt (BauO LSA) keine Baugenehmigung erforderlich. Auch wenn keine Baugenehmigung erforderlich ist, müssen Feuerstätten und Abgasanlagen den dafür geltenden baurechtlichen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen.

Da in den nächsten Jahren mit einem starken Anstieg der Nutzung von Biomasse (insbesondere von Holz) als Brennstoff gerechnet wird, beabsichtigt die Bundesregierung, die 1. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen – 1. BImSchV zu novellieren. Nachdem die Anhörung der beteiligten Kreise im September 2007 erfolgt ist, liegt jetzt bereits der Referentenentwurf der Novelle vor.

Kernpunkt der Änderung der 1. BImSchV ist die Reduzierung der Staubemissionen. Außerdem soll der Ausstoß von polyzyklischen Kohlenwasserstoffen vermindert werden. Neben konkreten Anforderungen für neue Feuerstätten enthält die Novelle Übergangsfristen zur Ausstattung älterer Anlagen mit emissionsmindernder Technik bzw. für die Außerbetriebnahme.

Auch nach Inkrafttreten der novellierten 1. BImSchV werden Errichtung und Betrieb von Feuerstätten für feste Brennstoffe im gesamten Bundesgebiet grundsätzlich zulässig sein. Ein gebietsweises Verbot wird auch dann nur über die Anwendung der oben genannten Instrumentarien (Ausweisung von Fernwärmevorranggebieten und Verbotsregelungen in Bebauungsplänen) möglich sein.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Heft, Fraktion DIE LINKE., fragte, bezogen auf die regionale Zusammenarbeit im Öffentlichen Personen- und Nahverkehr, ob es bereits Überlegungen in der Region gibt, ein gemeinsames Busunternehmen zu gründen bzw. zu schaffen.
Wenn ja, welchen Arbeitsstand gibt es?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Verwaltungsspitze gehalten sei, zu sehen, welche Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit sich ergeben.
Mit der Verwaltungsspitze des Saalekreises werde eine gemeinsame Sitzung durchgeführt, in der über die weitere Zusammenarbeit gesprochen werden soll. In dieser Sitzung werde auch über gemeinsame verkehrsseitige Überlegungen gesprochen.

Die Fraktionen werden über die Ergebnisse dieser Sitzung informiert.

Herr Misch, Fraktion der CDU, fragte, welche Möglichkeiten von Seiten der Stadt gesehen werden, die Schmierereien am Fahnenmonument am Hansering kurzfristig zu beseitigen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die Anregung auf und sagte eine Klärung zu.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fragte zum Prozess gegen die Stadt wegen der Müllverbrennungsanlage in Lochau bzw. wegen der Gebührensatzung:

1. Warum haben die Unterlagen zu dem Prozess nicht rechtzeitig vorgelegen?
2. Um welche Unterlagen habe es sich dabei gehandelt?
3. Wann werden die fehlenden Unterlagen vorgelegt?

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, antwortete, dass die Unterlagen, die das Gericht seinerzeit abgefordert habe, vorgelegt wurden.
Im Verlaufe des Verfahrens habe das Gericht weiteren Unterlagenbedarf angemeldet. Dieser Bedarf werde gegenwärtig erfüllt.

Frau Thieme, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WB VS 90, sprach zum wiederholten Male das Aufstellen einer Uhr bis zur Fertigstellung des Roten Turmes auf dem Marktplatz an.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass sie die Aufstellung einer Uhr auf dem Marktplatz veranlassen werde.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, erinnerte daran, dass vor der Amtseinführung durch **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine Umwandlung der Abwasser- und Oberflächenwassergebühren in Entgelte beschlossen wurde. Es wurde festgestellt, dass diese Entgelte ab 2007 mit Mehrwertsteuer berechnet werden. Dabei wurde versichert, dass keine Mehrbelastung für den Bürger entsteht.

Nach Durchsicht der neuen Abrechnungen über Oberflächen- und Abwasser habe er festgestellt, dass der Betrag von 2,97 Euro pro Kubikmeter zwar gesenkt und die Mehrwertsteuer aber draufgeschlagen wurde. Das würde einen Betrag ergeben, der 7 Cent höher liege, als 2,97 Euro.

Bei Abwasser mache das eine Erhöhung von 3 Prozent aus.

Er fragte, wie so etwas möglich sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bestätigte den Grundsatz, dass es bei der Umstellung der Gebühren auf Entgelt keine Belastung für den Bürger geben sollte.

Sie werde eine Prüfung veranlassen. Es könne sein, dass die von Herrn Prof. Schuh dargelegte Erhöhung auf den Anstieg der Mehrwertsteuer zurückzuführen sei. Eine solche Erhöhung war ausdrücklich vorbehalten.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bat um Ausführungen zur Reise der Frau Oberbürgermeisterin Szabados nach Indien.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte, dass sie und Vertreter von Unternehmen eine Einladung vom Euro-India-Center erhielten, um auf einer Tagung in Goa die Erfahrungen der Stadt Halle (Saale) beim Stadtumbau darzustellen. Sie selbst werde von Frau Dr. Sachse, Teamleiterin Technologie und Innovation, begleitet. Die Kosten der Stadt dazu würden ungefähr 8 TEuro betragen. Die Vertreter der teilnehmenden Unternehmen werden ihre Reisekosten selber tragen.

Die Einladung wurde von der Wirtschaftsförderung sehr begrüßt, weil sich dadurch die Möglichkeiten einer Kontaktaufnahme ergeben. Weiterhin bestehe die Chance, die Stadt Halle (Saale) innerhalb einer Tourismusmesse zu präsentieren.

Frau Weiß, Fraktion der CDU, fragte, ob eine Tagungsgebühr zu entrichten sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass sie als Eingeladene keine Tagungsgebühr zu entrichten habe.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Anregung des Stadtrates Joachim Geuther - CDU - zur Verwendung von Mitteln der Internationalen Bauausstellung (IBA) im Stadtteil Silberhöhe Vorlage: IV/2008/06941

Anregung:

Das IBA-Projekt Franckesche Gärten wird von der Leitung der Franckeschen Stiftungen so nicht akzeptiert.

Das Stadtgebiet Silberhöhe wurde von der Stadtverwaltung trotz notwendiger städtebaulicher Notwendigkeit nicht berücksichtigt.

Ich rege deshalb an, Mittel, welche nicht verwendet werden können, für ein Projekt im Stadtteil Silberhöhe zu verwenden.

gez. Geuther
Stadtrat

Herr Geuther, Fraktion der CDU, begründete seine Anregung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte, dass die Anregung von der Verwaltung aufgenommen werde.

Die Aufnahme der Anregung bedeute aber nicht, dass die Gelder für das Projekt im Stadtteil Silberhöhe fließen, sondern, dass das Gespräch mit den Franckeschen Stiftungen gesucht werde.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE., regte an, dass sich der Planungsausschuss mit der Problematik des Bio-Zentrums, speziell der Forschungs- und Entwicklungsanlage und mit dem B-Plan, befassen sollte.

Der Wirtschaftsausschuss sollte sich, bezogen auf das Bio-Zentrum und das TGZ, mit der Problematik Wirtschaftsförderung, Wissenschaftsbetrieb und Ähnlichem auseinandersetzen. Seine Fraktion sei der Meinung, dass solch ein innovatives Unternehmen in unserer Stadt einen Platz erhält, wo auch dann die nächste Stufe einer solchen Anlage gebaut werden könnte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bejahte dies. Solche Forschungsinvestitionen sollten in unserer Stadt gehalten werden.

Heide-Süd ist ein Campus für Forschung und Entwicklung.

Fänden Unternehmen hier kein Areal, hätte dies eine schlechte Außenwirkung für Halle.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, regte in Bezug auf die vier vorgesehenen Bürgerforen in der Stadt Halle (Saale) an, dies in dem südlichen Stadtbezirk und dem östlichen Stadtbezirk einzeln durchzuführen. Diese seien territorial sehr unterschiedlich.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zu 11 Mitteilungen

**zu 11.1 Konzept zur Einführung einer Beschlusskontrolle in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06904**

Der Stadtrat nimmt das Konzept zur Einführung einer Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

zu 11.2 Informationsvorlage zu den Veranstaltungshöhepunkten 2008 in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/06953

Der Stadtrat nimmt die Informationsvorlage zu den Veranstaltungshöhepunkten 2008 in Halle (Saale) zur Kenntnis.

zu 11.3 Information zur Haushaltsgenehmigung 2008

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte, dass zum TOP 11.3 ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes und die dazugehörige Stellungnahme der Verwaltung an die Stadträte gegeben wurde. Mit diesen Unterlagen könnte die Nichtbeanstandung des Haushalts besser beurteilt werden.

Der Stadtrat nimmt die Information zur Haushaltsgenehmigung 2008 zur Kenntnis.

Weitere Informationen gab es nicht.

zu 12 Anträge auf Akteneinsicht

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 38. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin